

DEMOKRATIE WERKSTATT



Jugendparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Freitag, 29. November 2019

ZUKUNFT UNTER DEN

FLÜGELN DES ADLERS



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

DIE JUGEND STARTET DURCH

Heute wird sich herausstellen, ob die Jugendlichen den Aufgaben der Abgeordneten gewachsen sind.

Heute haben vier Schulklassen aus Nieder- und Oberösterreich die Gelegenheit, im Jugendparlament über ein Gesetz zu diskutieren. Das ist normalerweise die Aufgabe der Abgeordneten. Bei dem Gesetz geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung. Das ist ein Thema, das der Jugend sehr wichtig ist, weil es sie stark betrifft. Wir sind schon gespannt, ob die Jugendlichen diese Aufgabe genau so gut wie die Profis machen. Den Anfang

machte der Bundesratspräsident Karl Bader mit einer kurzen Eröffnungsrede im Sitzungssaal der Hofburg. Bereits gestern haben sich die Jugendlichen in vier Klubs aufgeteilt. Diese werden heute von echten Abgeordneten begleitet, die während der Eröffnung den Klubs zugelost wurden. Außerdem wurden die ThemenexpertInnen vorgestellt. Wir freuen uns auf einen spannenden Tag.

Fabian, David und Edin



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Jugendparlaments

Jugendparlament: SchülerInnen in der Rolle von Abgeordneten

Zum Auftakt begrüßt Bundesratspräsident Karl Bader die SchülerInnen und stellt sich ihren Fragen

Wien (PK) – Bundesratspräsident Karl Bader begrüßte heute früh 101 SchülerInnen aus Niederösterreich und Oberösterreich zum 21. Jugendparlament im Großen Redoutensaal der Hofburg. "Das Jugendparlament bietet eine einmalige Chance, die Funktion von Abgeordneten zu übernehmen und den parlamentarischen Prozess kennen und verstehen zu lernen", so Bader.

Bereits am Vortag trafen die SchülerInnen der 9. Schulstufe aus Neunkirchen (BHAK/BHAS, Klasse 1BK), Kremsmünster (Stiftsgymnasium, Klasse 5A), Linz-Urfahr (Polytechnische Schule, Klasse P3) und Tullnerbach (Wienerwaldgymnasium, Klasse 5B) mit dem Bundesratspräsidenten Karl Bader und dem designierten Bundesratspräsidenten, Robert Seeber, für ein gemeinsames Gruppenfoto zusammen. Nach der Begrüßung durch die beiden Vertreter der Länderkammer stellte Harald Wilfing vom Institut für Anthropologie der Universität Wien das Thema des bevorstehenden Jugendparlaments vor. Im Anschluss an die inhaltlichen Einführung durch den Experten fanden sich die vier Klassen erstmals in den fiktiven Klubs Grau, Gelb, Orange und Violett zusammen.

Zum Auftakt des Jugendparlaments stand Bundesratspräsident Karl Bader für Interviewfragen der Jugendlichen zur Verfügung. Die SchülerInnen werden neben ihren Rollen als Abgeordnete des Jugendparlaments auch als ReporterInnen und RedakteurInnen unterwegs sein und mit Film- und Zeitungsreportagen, laufenden Postings auf Facebook (www.facebook.com/Demokratiewerkstatt) und einer Instagram-Story (www.instagram.com/OeParl) über die Debatten in den Ausschüssen und im Plenum berichten. Das Plenum wird außerdem per Livestream übertragen und in der Mediathek des Parlaments (unter <https://www.parlament.gv.at/MEDIA/Veranstaltungen>) zum Download zur Verfügung stehen.

Unterstützt werden die jungen Abgeordneten von ExpertInnen und MandatarInnen aller fünf im Nationalrat vertretenen Parteien. Andreas Minnich (ÖVP) begleitet den Klub Grau, Eva Maria Holzleitner (SPÖ) den Klub Gelb, Michael Schnedlitz (FPÖ) den Klub Violett, David Stögmüller (GRÜNE) den Klub Orange und Yannick Shetty von den NEOS wird bei den Koalitionsgesprächen zwischen den Klubs vermitteln.

Das Jugendparlament tagt zum Thema "Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung". „Das Zukunftssicherungsgesetz zu diskutieren wird eine spannende Aufgabe, die auch die MandatarInnen mit großem Interesse verfolgen werden“, so Bader, der die Notwendigkeit von Kompromissen im parlamentarischen Prozess betonte. Zum Abschluss dankte er den Jugendlichen für ihren Einsatz für die Demokratie.

Zunächst beraten die Jugendlichen gemeinsam mit den ExpertInnen und den "echten" Abgeordneten in Klubsitzungen über die "Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung". Die fiktive Gesetzesvorlage wird anschließend in zwei Ausschüssen diskutiert und dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt. (Schluss) Im/as/ád/ten

DER WEG ZUM JUGENDPARLAMENT

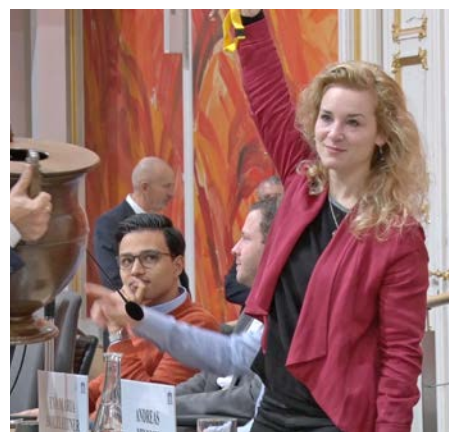
Die Voraussetzung, um am Jugendparlament teilnehmen zu dürfen ist, dass man ein kreatives Video, eine Tonaufnahme oder ein Bild zu einem gewissen Thema gestalten muss. Ebenso muss man ein Motivationsschreiben einreichen. Nach der Einreichung entscheidet eine Jury, welche Klassen nach Wien

fahren dürfen, um am Jugendparlament teilzunehmen. Insgesamt wurden dieses Jahr vier Klassen aus Nieder- und Oberösterreich ausgewählt. Wenn man aufgenommen wurde, bekommt man eine Zusage mit weiteren organisatorischen Informationen.

Theresa und Magdalena



Freitag, 29. November 2019



DIE TEILNEHMENDEN KLASSEN



Freitag, 29. November 2019

EINDRÜCKE AUS DEN KLUBS



KLUB GELB

In Klub Gelb wird angeregt über die Themen Ökologie, Umwelt und Wirtschaft diskutiert.

Als wir eintraten, besprach der Klub bereits mit großem Interesse die Themen. Es kamen viele verschiedene Fragen auf. Heiß wurde auch über Nachhaltigkeit und Gemeinschaft diskutiert. Vor allem

war für die Mitglieder wichtig, wie sie das Miteinander und das Zusammenarbeiten gestalten könnten.

Miriam und Pia

KLUB VIOLETT

Der Klub Violett ist ein sehr aktiver Klub und macht einige Abstimmungen. Bei diesen haben die Mitglieder oft die selbe Meinung. Im Klub Violett wird nicht viel vorgetragen, sondern miteinander gere-

det und diskutiert. Kleine Auflockerungsspiele zwischendurch sorgen für neue Motivation und einen frischen Kopf.

Theresa und Magdalena



BEFRAGUNG VON THEMENEXPERT_INNEN

Warum es sinnvoll ist, dass die Jugendlichen verstehen, wie Politik funktioniert?

In den Interviews wurden drei Themenexperten und -expertinnen zu verschiedenen Themen des Jugendparlaments befragt. Es wurden diverse Fragen zu den Teilbereichen im Jugendparlament 2019 gestellt und darüber diskutiert, was die Jugend der

heutigen Zeit interessiert. ThemenexpertInnen haben die Aufgabe, Abgeordnete zum Nationalrat zu beraten und ihnen die Folgen von Gesetzen aufzuzeigen. Heute beraten sie die Jugendparlamentsabgeordneten. *Anesa, Janine, Reiner und Fortesa*



Adriana Bascone, BSc.



Dr. Kurt Bayer



Univ.-Prof. Dr. Harald Wilfing



DER ERSTE AUSSCHUSS



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments

Regierung plant einen Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung

Ausschuss des Jugendparlaments diskutiert geplantes Zukunftssicherungsgesetz

Wien (PK) – Die Regierung will mit der Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung eine breite Diskussion über die Auswirkung von Gesetzesinitiativen auf Umwelt, Klima und die Zukunft von Kindern und Jugendlichen anstoßen. Um das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen des Staates zu etablieren, legt sie dem Jugendparlament den Entwurf für ein Zukunftssicherungsgesetz vor, das vor allem Kinder und Jugendliche, die sich für den Umweltschutz engagieren, stärker in Entscheidungsprozesse einbinden soll.

Für den in der Regierungsvorlage vorgesehenen 36-köpfigen Rat sollen durch ein Zufallsverfahren 18 Kinder und Jugendliche aus allen Bundesländern und von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 18 WissenschaftlerInnen ausgewählt werden. Der Gesetzesentwurf sieht außerdem vor, dass sich der Rat alle drei Jahre neu konstituiert und die Mitglieder einen Vorsitz aus ihrer Mitte wählen.

Der Rat soll mit der Aufgabe betraut werden, Stellungnahmen zu geplanten Bundesgesetzen zu erarbeiten und die in den Entwürfen vorgesehenen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf Umwelt, Klima und die Zukunft von Kindern und Jugendlichen hin prüfen. Zur inhaltlichen und praktischen Unterstützung des Rates soll ein Büro im Nationalrat eingerichtet werden.

In der ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments wurde der Vorstoß der Regierung auf Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung grundsätzlich positiv aufgenommen. Die Abgeordneten des Klubs Grau begrüßten, dass Jugendliche in gesetzliche Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden und Erfahrungen sammeln können. Sie äußerten aber gemeinsam mit dem Klub Orange Bedenken zum Auswahlverfahren, weil durch das Zufallsprinzip keine Rücksicht auf die Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen genommen wird. Die Jugendlichen sollten sich einem Bewerbungsverfahren stellen und gewählt werden, schlug ein Abgeordneter des violetten Klubs vor. Die Abgeordneten des gelben und violetten Klubs bemängelten darüber hinaus das Fehlen von Angaben zum Alter der Jugendlichen in der Regierungsvorlage. Der Redner der Violetten schlug ein Mindestalter von 12 bis 13 Jahren vor.

Die Abgeordneten des grauen Klubs regten an, das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Wissenschaftlern im Rat zu überdenken. Ihrer Meinung nach sollten mehr Jugendliche als Wissenschaftler für den Rat nominiert werden, weil es um ihre Interessen und Zukunft geht. Die Wissenschaftler sollten nur in beratender Funktion tätig sein. Gelb sprach sich außerdem dafür aus, dass neben den Jugendlichen und Wissenschaftlern auch BürgerInnen in den Rat berufen werden können. Die Orangen möchten ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis sichergestellt wissen.

Die Abgeordneten der gelben und der grauen Fraktion verorteten noch mangelnde Angaben zur Organisation in der Regierungsvorlage: Offen blieben Fragen wie Ort, Zeitpunkt und Häufigkeit der Sitzungen des Rates.

Der Ausschuss diskutierte außerdem über die Anzahl der Jugendlichen, die pro Bundesland in den Rat berufen werden sollen. Klub Violett sprach sich gemeinsam mit Klub Orange dafür aus, jeweils zwei Jugendliche aus allen Bundesländern zu nominieren, während sich der graue Klub dafür einsetzte, die Anzahl an der Größe des Bundeslandes zu orientieren. Klub Gelb stellte die Anzahl der Mitglieder generell zur Diskussion und sprach sich dafür aus, mehr als 18 Jugendliche in den Rat zu entsenden. (Schluss) Im/as/ád/ten



AUSSCHUSS

Die erste Ausschusssitzung verlief sehr still.

Der Anfang dieser Sitzung wurde von der Ausschussvorsitzenden durch das Klingeln einer Glocke eröffnet. Die Abgeordneten hatten ein Mikrofon zur Verfügung, das sie mit einem Knopf betätigen mussten, um so ihre Meinung deutlich äußern zu können. Die Ausschussvorsitzende musste den Abgeordneten das Wort erteilen, bevor diese zu reden anfangen konnten. Der Ausschuss war sehr schleppend, nur wenige Personen haben sich gemeldet

und die meiste Zeit war es sehr still. Hauptsächlich diskutierten die Klubs Orange und Grau miteinander. Die diversen Meinungen dieser beiden Klubs wurden daher besonders zum Ausdruck gebracht. Die anderen Klubs hielten sich eher raus. Die Sitzung endete ziemlich rasch. Jetzt warten wir gespannt auf die nächsten Sitzungen der Klubs.

Miriam



UNSERE UNTERSTÜTZER_INNEN – DIE ABGEORDNETEN



Andreas Minnich (ÖVP)



Eva Maria Holzleitner, BSc (SPÖ)



Michael Schnedlitz (FPÖ)



David Stögmüller (GRÜNE)



Yannick Shetty (NEOS)

KOALITIONSBEWEGUNGEN

Erste Koalitionsüberschneidungen der Klubs Violett und Gelb mit Klub Grau?

Schon bald nach dem Ausschuss werden angeregt Koalitionsgespräche geführt. Besonders fällt das Begehren gegenüber des Grauen Klubs auf. Sehr interessant ist, dass vor allem Klub Violett und Klub Gelb mit diesem zusammenarbeiten wollen. Demnächst muss sich Klub Grau also zwischen den bei-

den entscheiden und wir alle sind gespannt, wie diese Entscheidung ausfallen wird. Wir sind auch neugierig darauf, wie der nächste Ausschuss verlaufen wird und ob nun mehr oder weniger gleiche Meinungen vorkommen werden.

Vanessa und Pia



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Jugendparlaments

Jugendparlament: Ausschuss schickt Zukunftssicherungsgesetz mit Mehrheit in die Plenarsitzung

Umweltpolitisches Gesetzesvorhaben mit Abänderungsantrag angenommen

Wien (PK) – Der Ausschuss des Jugendparlaments hat sich heute in seiner zweiten Sitzung mehrheitlich für den von der Regierung geplanten Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung ausgesprochen. Erhält die Regierungsvorlage zum Zukunftssicherungsgesetz auch im Plenum die Zustimmung der Abgeordneten, wird die Österreichische Akademie der Wissenschaften mit einer Einrichtung eines Rates beauftragt, der Stellungnahmen zu möglichen Auswirkungen von Gesetzesinitiativen auf Bundesebene auf Umwelt, Klima und die Zukunft von Kindern und Jugendlichen ausarbeiten soll.

In einem mehrheitlich angenommenen Abänderungsantrag sprachen sich die Abgeordneten der Klubs Grau, Gelb und Violett für eine Reduktion der Mitgliederzahl des Rates von 36 auf 25 Mitglieder aus. Der 25-köpfige Rat soll sich aus 13 Jugendlichen, 6 WissenschaftlerInnen, die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgewählt werden und 6 NGO-ExpertInnen zusammensetzen. Die Abgeordneten stellen damit sicher, dass die Jugendlichen eine Mehrheit im Rat erhalten.

Der Abänderungsantrag ergänzt den Gesetzesentwurf außerdem um eine Altersbegrenzung. Die Teilnahme am Bewerbungsprozess steht für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren offen, wobei die Auswahl auf Basis der überzeugendsten Bewerbungen durch den Rat selbst erfolgt. Der erste Rat wird von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften berufen.

Die Anzahl der Jugendlichen, die pro Bundesland in den Rat entsendet werden, verhält sich proportional zur Einwohnerzahl, um zu gewährleisten, dass Jugendliche aus einwohnerstarken Bundesländern nicht benachteiligt werden.

Anders als im Gesetzesvorschlag vorgesehen, konstituiert sich der Rat außerdem alle 2 Jahre neu. Er wird mit der Aufgabe betraut, Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen auszuarbeiten, die dem Nationalrat zur Diskussion vorgelegt werden müssen. (Schluss) lm/as/äd/ten



DER ZWEITE AUSSCHUSS



IMPRESSUM

**Eigentümer, Herausgeber, Verleger,
Hersteller: Parlamentsdirektion
Grundlegende Blattrichtung:
Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.
Jugendparlament
Copyright für Seite 6, Klassenfotos:
Parlamentsdirektion/Topf**



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

HAK Neunkirchen - Klasse 1 BK
2620 Neunkirchen
Stiftsgymnasium Kremsmünster - Klasse 5A
4500 Kremsmünster
Wienerwaldgymnasium Tullnerbach - Klasse 5B
3013 Tullnerbach
PTS Linz-Urfahr - Klasse P3
4040 Linz

AUSSCHUSSBERICHT

2 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXVII. GP

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (1 der Beilagen): Bundesgesetz über die Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung (Zukunftssicherungsgesetz)

Schon im Jahr 2013 hat sich Österreich im Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung zum Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt. Der Bundesregierung ist jedoch bewusst, dass es mehr Anstrengungen braucht, damit dieses Prinzip überall Beachtung findet. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang, dass sich immer mehr Kinder und Jugendliche in Österreich für den Klimaschutz engagieren und die Frage nach ihrer Zukunft stellen. Die Bundesregierung hält es daher für wichtig, diese engagierten Kinder und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Daher soll ein Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung eingerichtet werden, der sich intensiv mit diesen Anliegen befasst.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 29. November 2019 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung legten die Klubs ihre Standpunkte dar. Diskutiert wurde vor allem die Frage, wer überhaupt Mitglied im Rat sein soll. Klub Grau thematisierte, dass es mehr Jugendliche als WissenschaftlerInnen geben sollte und dass die WissenschaftlerInnen die Jugendlichen im Rat vor allem mit ihrem Fachwissen unterstützen sollen. Klub Orange wies darauf hin, dass die Auswahl per Zufallsprinzip bedenklich sei und, dass auf eine Ausgewogenheit der Geschlechter geachtet werden müsse. Klub Violett hielt eine Entsendung von zwei Jugendlichen pro Bundesland für sinnvoll. Klub Gelb brachte in die Diskussion ein, ob nicht noch weitere Mitglieder, etwa „normale“ BürgerInnen, in den Rat einbezogen werden sollen.

Im zweiten Teil der Sitzung haben die Abgeordneten Leonie **Langeder**, Matea **Bucar** und Laura **Manaj** einen Abänderungsantrag eingebracht.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Matea **Bucar**, Dominika **Gashi**, Laura **Manaj**, Omid **Ramazani**, Samuel **Eibl**, Leonie **Langeder**, Karim **Gaishofer**, Gia **Zeiss** und die Ausschussobfrau Dr.ⁱⁿ Heidrun **Neuhauser**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oben erwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit (**dafür:** Grau, Gelb, Violett, **dagegen:** Orange) beschlossen.

Zur Berichterstatterin wurde Abgeordnete Matea Bucar gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2019 11 29

Matea Bucar
Berichterstatterin

Dr.ⁱⁿ Heidrun Neuhauser
Obfrau



Gespräch mit der Abgeordneten Claudia Plakolm, die das Plenum leitete.

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Jugendparlaments.

Jugendparlament: Mehrheit beschließt Zukunftssicherungsgesetz

Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung soll Gesetzesvorhaben prüfen

Wien (PK) – Das Jugendparlament sprach sich in seiner Sitzung mit Mehrheit für die Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung aus. Damit wird sichergestellt, dass Gesetzesvorhaben künftig auf ihre Auswirkungen auf Umwelt, Klima sowie die Zukunft von Kindern und Jugendlichen hin geprüft werden und die Ergebnisse des Rates dem Nationalrat zur Diskussion vorgelegt werden müssen. Nach zahlreichen Änderungen durch den Ausschuss des Jugendparlaments wird die Österreichische Akademie der Wissenschaften damit beauftragt, 13 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren, 6 WissenschaftlerInnen und 6 ExpertInnen aus Nichtregierungsorganisationen auszuwählen und einen 25-köpfigen Rat zu bilden, der Stellungnahmen zu Gesetzesinitiativen auf Bundesebene ausarbeitet.

Die Abgeordneten zum Jugendparlament veranlassten in ihrem Abänderungsantrag, dass die Jugendlichen über eine Mehrheit im Rat verfügen und nicht durch ein Zufallsverfahren, sondern auf Basis von Bewerbungen in den Rat gewählt werden. Außerdem legten sie für die Aufnahme in den Rat eine Altersbeschränkung von 14 bis 19 Jahren fest.

Die vier Klubs des Jugendparlaments brachten während der Plenarsitzung außerdem zahlreiche Entschließungsanträge zu umweltpolitischen Themen ein und machten mit mehrheitlichen Beschlüssen das klubübergreifende Bekenntnis zur Dringlichkeit wirksamer Maßnahmen deutlich.

Klubübergreifender Konsens: Wirksame Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen können nicht warten

Barbara Kalanyos trat als erste Rednerin der Debatte zur Nachhaltigkeit für den Klub Orange "Bildung und Wissen" an das Rednerpult und erinnerte in ihrer Wortmeldung an den täglichen Ressourcenbedarf jedes Menschen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt. Wichtig sei für den Klub Orange außerdem gewesen, dass der Rat nach zwei und nicht wie in der Regierungsvorlage vorgesehen nach drei Jahren neu gewählt wird.

Lisa Spielvogel und Elisa Landerl bemängelten für den Klub Grau die undefinierte Altersgrenze in der ursprünglichen Gesetzesvorlage, zeigten sich aber gemeinsam mit den Rednern des gelben Klubs "Miteinander und Gemeinschaft" einer Meinung darüber, dass die Initiative zur Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung grundsätzlich positiv zu bewerten sei und einen Schritt in die richtige Richtung darstelle. "Öffnet die Augen, es gibt keinen Planet B", so der Appell von Spielvogel und Landerl, die alle Jugendlichen in der Pflicht sehen, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht.

Zehra Babuscu vom Klub Gelb hob in ihrer Rede wichtige Änderungen der Gesetzesvorlage durch den Ausschuss hervor: Die Verkleinerung des Rates von 36 auf 25 Mitglieder, die Zusammensetzung aus ExpertInnen und WissenschaftlerInnen sowie die Altersbegrenzung seien wichtige Ergänzungen. Leandra Panhauser, stellvertretende Vorsitzende des Klub Violetts "Sicherheit und Verantwortung", stimmte in ihrer Stellungnahme mit ihren VorrednerInnen überein und betonte die hohe Relevanz des Themas Nachhaltigkeit für die Zukunft.

Selina Schletz erinnerte in ihrer Wortmeldung für die Orangen an die Erderwärmung und forderte angesichts der damit verbundenen Auswirkungen auf die Gletscher sowie die Tier- und Pflanzenwelt dringendes Handeln von Seiten der politischen VerantwortungsträgerInnen. Mario Lindner, Baran Akyildiz, Melanie Santos (Klub Gelb) und Leonie Langeder (Klub Violett) nutzten ihre Redebeiträge, um die intensive Zusammenarbeit in den Ausschüssen zu loben und hoben den Wert einer eigenen Meinung beim Finden von Kompromissen hervor. Akyildiz erinnerte in diesem Zusammenhang an die zahlreichen Lücken, die die ursprüngliche Version des Zukunftssicherungsgesetzes aufgewiesen habe und warb angesichts der zahlreichen im Ausschuss erarbeiteten Verbesserungen für eine breite Zustimmung im Plenum.

Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung mit zahlreichen Änderungen beschlossen

In der zweiten Debatte auf der Tagesordnung des Jugendparlaments wurde der vorliegende Entwurf des Zukunftssicherungsgesetzes samt der im Ausschuss vorgenommenen Änderungen intensiv von den jungen Abgeordneten diskutiert. Dominika Gashi argumentierte für den Klub Orange, dass im Interesse des Minderheitenschutzes die Auswahl der 13 Jugendlichen für den Rat nicht proportional zur jeweiligen Einwohnerzahl des Bundesländer, sondern unabhängig davon getroffen werden sollte. Sie drückte ihr Bedauern darüber aus, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit zu keinem Kompromiss gefunden hat und kündigte an, ihr Klub werde dem Zukunftssicherungsgesetz daher trotz guter Ansätze nicht zustimmen.

Emin Celepci (Klub Grau) brachte in seiner Wortmeldung die Hoffnung zum Ausdruck, dass Politiker aller Fraktionen die im Rat erarbeiteten Stellungnahmen ernstnehmen werden. Murat Soyuyigit (Klub Gelb) lobte die im Ausschuss beschlossene Reduktion der Mitgliederzahl auf 25 Personen und Fiona Riess von den Violetten hob die Wichtigkeit der vom Ausschuss beschlossenen Änderung hervor, wonach die Verpflichtung, die vorsah, dass alle Gesetze vom Rat kommentiert werden müssen, aufgehoben wurde. Die Koalition mit dem gelben und grauen Klub habe ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitsprache einräumt, so Riess.

Eren Polat von den Orangen zeigte sich in seiner Rede enttäuscht darüber, dass im Ausschuss keine Mehrheit für eine Frauenquote gefunden werden konnte und bemängelte das Fehlen von gesetzlichen Angaben zur Finanzierung des Rates. Karim Gaishofer (Klub Grau) verteidigte das vorliegende Gesetz wiederum. Die im Ausschuss beschlossenen Änderungen sorgten dafür, dass die Jugendlichen im Rat über die Mehrheit verfügen werden, wobei die überzeugendsten Bewerbungen und nicht ein Zufallsverfahren die Teilnahme am Rat ermöglichten. "Wir bilden die Mehrheit und damit die Zukunft", so Laura Manaj, Ausschussvorsitzende der Gelben, die zusammen mit Natalia Czubernat (Klub Gelb) und Omid Ramazani (Klub Violett) die Reduktion der Mitgliederzahl auf eine ungerade Zahl und die Auswahl der Jugendlichen proportional zur Einwohnerzahl in den Bundesländern als wichtige Ergänzungen lobte. Samuel Eibl (Klub Grau) sah mit der Wahl des Rates alle zwei Jahre und der Verpflichtung des Nationalrats, alle Stellungnahmen des Rates auf seine Tagesordnung zu setzen, wichtige Anliegen seines Klubs in das Zukunftssicherungsgesetz aufgenommen.

Für Alina Klöckl und Daniel Mair vom Klub Orange sollte die Teilnahme am Bewerbungsverfahren zwischen 14 und 23 Jahren möglich sein. Klöckl argumentierte, dass 14-Jährige bereits die Pflichtschule absolviert hätten und ihnen die Mitgliedschaft bei gemeinnützigen Organisationen offenstehen würde, während eine Altersgrenze von 23 Jahren auch Studierenden die Bewerbung ermöglichen würde. Mair bedauerte wiederum, dass im Ausschuss keine Einigung auf eine Geschlechterparität möglich war und stellte in seinem Redebeitrag zur Diskussion, ob die Regelung, wonach die Jugendlichen gemäß der Einwohnerzahl ihres Heimatbundeslandes ausgewählt werden, dazu führte, dass die kleinsten Bundesländer keinen Jugendlichen in den Rat entsenden können. Er verglich den Rat angesichts der Abschaffung verpflichtender Stellungnahmen durch den Ausschuss mit einem Freizeitclub, nach dem Motto "Alles kann, nichts muss" und schloss mit den Worten: "How dare you?"

Jugendparlament beschließt weitere Maßnahmen zum Klimaschutz

Mit zahlreichen Entschließungsanträgen zu umweltpolitischen Themen trugen die jungen Abgeordneten die Aufforderung an die Regierung heran, konkrete Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Weitere Anträge betrafen den geplanten Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung.

Ein Antrag des gelben Klubs sieht vor, dass nach Ablauf der zweijährigen Funktionsperiode des Rats die verwendeten Arbeitsmittel und die Ausstattung sowie die Zusammensetzung des Rates evaluiert werden. "Es muss sichergestellt werden, dass der Rat die gesamte Funktionsperiode über gut arbeiten kann", so Gia Zeiss (Klub Gelb). Ein zweiter Antrag der Gelben hat eine ähnliche Stoßrichtung und zielt darauf ab, ausreichend Equipment für den Rat zur Verfügung zu stellen. Weiters dürfen für die Kinder und Jugendlichen keine Kosten bei der Ausübung ihrer Funktion als Ratsmitglieder anfallen. Beide Anträge wurden mit Mehrheit angenommen.

Mit den Stimmen des grauen und orangen Klubs wurde außerdem ein Antrag auf Änderung des Bundesministeriengesetzes zur Bündelung aller umwelt- und klimapolitischen Themen in einem Ministerium für Umwelt- und Klimaschutz angenommen.

Ebenfalls auf Zustimmung stieß im Plenum ein Antrag des orangen Klubs auf Einführung eines Schulfachs für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ab dem Schuljahr 2020/21. Der Antrag sieht den Unterricht für die 7. und 8. Schulstufe vor.

Abgelehnt wurde hingegen ein Antrag der Violetten zur Erneuerung des Schulsystems. Caroline Mauerkirchner (Klub Violett) argumentierte, dass SchülerInnen im Unterricht dabei unterstützt werden sollten, clever und mitmenschlich zu denken, bloßes Auswendiglernen sei nicht zielführend. Sie erwähnte in diesem Zusammenhang das finnische Schulsystem als Vorbild.

Von den Abgeordneten ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wurde ein Antrag der Violetten, der die Verwendung von Laptops statt Heften im Unterricht als umweltschonende Alternative vorsieht. Die SchülerInnen sollen durch die im Antrag vorgesehene Maßnahme davor bewahrt werden, Unterrichtsmaterialien zu vergessen oder unleserlich zu schreiben. Ein Argument, das ein Vertreter des orangen Klubs nicht nachvollziehen konnte, schließlich seien Laptops durch die darin verbauten Akkus nicht umweltschonender als Papier und könnten nach eigener Erfahrung auch vergessen werden. (Schluss) ten





DER NEUE GESETZESTEXT

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung (Zukunftssicherungsgesetz)

Das Jugendparlament hat beschlossen:

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung

§ 1. Um das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen des Staates umzusetzen, wird von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ein Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung eingerichtet.

§ 2. (1) Der Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung besteht aus

1. 13 Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren aus allen Bundesländern, proportional nach der Einwohnerzahl der Bundesländer,
2. 6 WissenschaftlerInnen, die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgewählt werden, sowie
3. 6 ExpertInnen aus NGOs.

(2) Die Auswahl der Jugendlichen erfolgt auf Basis der überzeugendsten Bewerbungen durch den jeweils vorigen Rat, beim ersten Rat durch die Akademie der österreichischen Wissenschaften.

(3) Der Rat wird alle zwei Jahre erneuert. Er wählt eine/n Vorsitzende/n aus seiner Mitte. Er wird von einem Büro, das beim Nationalrat eingerichtet wird, unterstützt.

§ 3. Der Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung kann zu jedem Entwurf für ein Bundesgesetz eine Stellungnahme abgeben. Diese Stellungnahme hat sich mit den Auswirkungen auf Umwelt, Klima und die Zukunft von Kindern und Jugendlichen zu beschäftigen und ist vom Nationalrat zu behandeln.













ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Tazimm **Shafigkul** (Gelb), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Equipment des Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung**

Den Kindern und Jugendlichen sollen durch ihre Mitwirkung am Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung keine Kosten entstehen.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass den Mitgliedern des Rates ausreichend Equipment zur Verfügung gestellt wird und den Kindern und Jugendlichen diesbezüglich keine Kosten entstehen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten David **Adamovic** (Orange), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Bündelung in einem Ministerium für Umweltschutz und Klimaschutz**

Themen, die Klima, Zukunft und Umweltschutz betreffen, sollen in einem Ministerium konzentriert behandelt werden. Der Klub Bildung und Wissen möchte daher alle diesbezüglichen Aufgaben einem gemeinsamen Ministerium, nämlich dem Ministerium für Umweltschutz und Klimaschutz übertragen.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Themen, die wichtige Zukunftsfragen betreffen, in einem Ministerium für Umweltschutz und Klimaschutz zusammenzuführen und zu diesem Zweck eine Änderung des Bundesministeriengesetzes vorzulegen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Caroline **Mauerkirchner** (Violett), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Erneuerung des Schulsystems**

Die Welt braucht Menschen, die clever und mitmenschlich denken können, anstatt rein auswendig zu lernen.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Schulsystem zu erneuern, indem in Schulen der Gemeinschaft und gemeinschaftlichen Aktivitäten mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und alltägliche Tätigkeiten anstelle reiner Fakten gelehrt werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Andre **Hartl** (Violett), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Verwendung von Laptops statt Heften**

Die Verwendung von Laptops statt Heften im Unterricht ist eine umweltschonende Alternative, durch die zudem gewährleistet ist, dass die Schülerinnen und Schüler nichts vergessen und leserlich schreiben können.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Vorsorge dafür zu treffen, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule nur noch Laptops statt Hefte verwenden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Gia **Zeiss** (Gelb), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Evaluierung des Rates**

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den einzurichtenden Rat jeweils nach der zweijährigen Funktionsperiode zu evaluieren. Die Evaluierung soll sich auf die gesamte Funktionsperiode, die verwendeten Arbeitsmittel und Ausstattung sowie die Zusammensetzung des Rates beziehen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Kevin **Bauer** (Orange), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **ein neues Schulfach « Klimaschutz und Nachhaltigkeit » ab dem Schuljahr 2020/21**

Ab dem Schuljahr 2020/21 soll es ein neues Schulfach für Klimaschutz und Nachhaltigkeit eingeführt werden, weil es wichtig ist, dass Jugendliche genau wissen, wie man bestmöglich nachhaltig lebt.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ab dem Schuljahr 2020/21 ein Schulfach zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit einzuführen. Dieses Schulfach soll jedenfalls in der 7. und 8. Schulstufe unterrichtet werden.





DAS REPORTER_INNEN-TEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Magdalena Gudeljevic



Edin Klicic



Miriam Knapp



Fortesa Morina



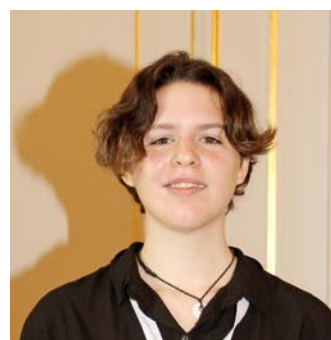
Pia Novak



Fabian Pinter



Theresa Poschinger



Vanessa Ruhm



David Rajkovaca



Reiner Spreitzhofer



Janine Weitzbauer



Anesa Ziberi

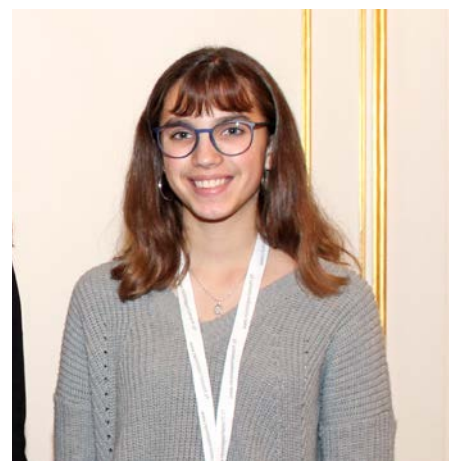
PARLAMENTS KORRESPONDENZ



Árpád Deda



Lara Majovski



Annika Schuster